

# „Der Wirtschaftskrieg wird global und prinzipiell“

## (GSP 3-22, Fortsetzung)

Das Thema beim letzten Mal: Die Durchsetzung extrem gestiegener Preise für Energieträger weltweit, daran anknüpfend die Weitergabe gesteigerter Produktionskosten mit dem Resultat einer allgemeinen Teuerungswelle. Das alles unterstellt, dass es Staaten gibt, die über ein leistungsfähiges Kreditwesen und ein gutes Geld verfügen. Und dass diese Staaten darauf aufbauend für die nötigen Kredite und die nötige Liquidität sorgen und sorgen können, die es erlauben, derart erhöhte Preise durchzusetzen.

Die aktuelle Lage sortiert nicht nur die Staaten in solche, die über ein leistungsfähiges Kreditwesen verfügen, und solche, die in die Not geraten, sich in immer weiteren Maße Weltgelder wie Dollar und Euro besorgen zu müssen. Auch für kapitalistisch potente Länder gibt es Rückwirkungen auf deren Ökonomie: Die von ihnen geschaffene und über das Kreditwesen zur Verfügung gestellte Zahlungsfähigkeit führt nämlich zu dem, was als Inflationsrate gemessen und als Entwertung des Geldes diskutiert wird. Warum wird das zu einem Problem?

— Auf S. 30 unten heißt es: *„Diese automatische reale Lohnsenkung, die die Vermehrungsmacht des Faktors Kapital steigert, hat nur die Kehrseite, dass damit die Kaufkraft dahinschwindet, die die Wirtschaft für die Realisierung der Preise ihrer rentabler produzierten Ware, also des darin enthaltenen höheren Überschusses, somit des programmierten, im Kredit vorweggenommenen Wachstums braucht. Über das Finanzgewerbe verallgemeinern sich diese Defizite, als Verlustrate ablesbar am Niedergang der Kurse an den nationalen Börsen.“* Wie geht diese Verallgemeinerung?

Die automatische reale Lohnsenkung beinhaltet zugleich die Schranke, auf die das Kapital tatsächlich trifft, wenn es den inflationär gesenkten Lohn als Wachstumsmittel nutzt: die Schranke, dass damit gleichzeitig die Kaufkraft der Lohnabhängigen reduziert ist, welche aber gerade für das Realisieren der Gewinne und der erhöhten Preise und damit für die Bedienung der Kredite notwendig ist.

Darin ist die Krise und ihre Verallgemeinerung schon angelegt: Der Lohnarbeiter kommt in der kapitalistischen Ökonomie doppelt vor: Nach der einen Seite als Kost, eben Lohnkosten, die immer als zu hoch beurteilt werden. Diese Kosten bewirken bei einer mehr oder minder hohen Inflation automatisch eine Steigerung des Gewinns der Kapitalisten, solange die Lohnkosten gleich bleiben und der Kapitalist am Markt höhere inflationierte Preise erzielt. Auf der anderen Seite ist der mit Arbeit Geld verdienende Mensch als Einkäufer gefragt, der das verdiente Geld für seinen Konsum ausgibt. Der Lohnempfänger kann bei gleichbleibendem Lohn die allgemein steigenden Preise nicht mehr zahlen oder zumindest nicht in dem Ausmaß, wie sie ihm am Markt abverlangt werden. Für die Kapitalisten heißt das, dass sie Schwierigkeiten bekommen, Waren, die sie bis neulich noch abgesetzt haben, mit den gestiegenen Preisen im gleichen Umfang zu verkaufen. Das fällt für die einzelnen Branchen unterschiedlich aus. Wichtig ist das Prinzip: Die Inflation bedeutet für die Löhne eine reale Lohnsenkung und zugleich eine schwindende Kaufkraft, die das *Geschäft* beeinträchtigt. Dadurch stellt sich ein *Defizit* auf Seiten des Geschäfts ein.

— *Die Kapitale müssen für Energie und Vorprodukte usw. mehr zahlen und verfügen im Kredit über das Mittel, die gestiegenen Preise zahlen zu können. Sie nehmen diese Preissteigerungen in ihrer Kalkulation vorweg, die sich aber am Ende nicht in allen Branchen auch realisieren lassen.*

Als Kapitalisten haben sie im Kredit das Mittel, sich selber wechselseitig höhere Preise zu bezahlen, die Lohnarbeiter aber können die höheren Preise nicht bezahlen. In dem

Maß, wie sie das nicht können, fallen sie als Kaufkraft für die Realisierung der höheren  
50 Preise aus. Um diese Defizite geht es, das ist ganz allgemein der Grund der Krise.

— *Alles, was die Kapitalisten sich wechselseitig abkaufen für ihre Produktion, können sie sich bezahlen, denn sie kalkulieren mit diesen gestiegenen Kosten ihre Preise. Nur die, die an Endverbraucher verkaufen, bekommen das Problem, diese im Kredit vorweggenommenen und programmierten Preise zu realisieren.*

55 Die Gewinnsteigerung, die die Kapitalisten aufgrund der gleichbleibenden Lohnkosten trotz gestiegener sonstiger Kosten am Markt erzielen, diese Sorte Steigerung der Kapitalproduktivität, ist davon abhängig, dass die Kapitalisten ihre erhöhten Preise am Markt auch durchsetzen können. Das ist eine Frage der Konkurrenz. Alle versuchen am Markt  
60 möglichst das rauszuholen, was rauszuholen geht. Die entscheidende, von ihnen selbst produzierte Schranke finden sie an der beschränkten Zahlungsfähigkeit der Lohnabhängigen: denn die Lohnempfänger sind nicht in der Lage, mittels Kredit die gestiegenen Preise zu zahlen. Das ist der Ausgangspunkt dafür, dass das Geschäft einbricht, weil die produzierten Waren nicht mehr in dem erforderlichen Maße abgesetzt werden können.

Wenn ein Kapitalist seine Waren nicht mehr absetzen kann, hat das Rückwirkungen an  
65 einer anderen Stelle am Markt. Er entfällt als Abnehmer; wodurch ein weiteres Kapital Geschäftseinbrüche erzielt und möglicherweise nicht mehr in der Lage ist, seinen Kredit zurückzuzahlen. Die beschränkte Zahlungsfähigkeit der Lohnempfänger wirkt so auch auf den Geschäftsgang anderer Branchen, die ihrerseits ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Das wiederum betrifft das Kreditgewerbe, das auf  
70 grund ausbleibender Geschäfte zurückhaltender wird bei der Vergabe von Krediten und bei der Finanzierung neuer Geschäfte. So werden die Defizite der Kapitalisten *über das Finanzgewerbe verallgemeinert.*

Das wesentliche Argument ist: Es sind die maßgeblichen kapitalistischen Mächte, die den Weltenergie- und Weltmarkt bestimmen, *die* produzieren die Krise. So auch den  
75 letzten Grund der Krise, der in der doppelten Bedeutung des Lohns liegt.

\*

Von der Krise sind die verschiedenen Staaten unterschiedlich betroffen und auch der Krisenverlauf ist für die Staaten unterschiedlich. Wie bekämpfen die Staaten die Rezession? Sie führen einen **kontraproduktiven Konkurrenzkampf gegen die Krise**. Indem  
80 sie ihre Konkurrenz im Umgang mit und im Kampf gegen die Krisenphänomene betreiben, schaffen sie den Grund der Krise ja nicht aus der Welt. Sondern sie versuchen, den Schaden auf andere abzuwälzen. Ihre Maßnahmen zielen von daher auf die Stärkung des eigenen Standorts gegen andere. Gelingt das, haben die anderen Standorte den Schaden. Dafür stehen unter anderem die Bemühungen der Staaten, den Abfluss von  
85 Kaufkraft an ausländische Billiganbieter zu verhindern, indem sie sich von diesen unabhängig machen.

— *Dass die Maßnahmen, den eigenen Standort krisenfest zu machen, auf Branchen zielen, die Billigprodukte herstellen, leuchtet nicht ein. Es ging doch vor allem um die Batterie- oder Chip-Produktion.*

90 Es geht nicht um Billigprodukte wie T-Shirts oder so, sondern um alle Produkte, die es im Ausland billiger gibt als im Inland. Bei einer so wichtigen Branche wie der Chip-Produktion will der Staat sich nicht vom Ausland abhängig machen, nur weil die Chips dort billiger sind. Wenn deshalb die Wiederansiedlung der Produktion daheim erfolgreich subventioniert wird, ist damit der Abfluss von Kaufkraft ins Ausland verhindert, die Kaufkraft verbleibt im heimischen Markt. Es muss also gar nicht unmittelbar der Zweck jeder  
95 Maßnahme sein, anderen Kaufkraft wegzunehmen. Die Maßnahme ist aber ein Stück Krisenkonkurrenz: Abfluss von Kaufkraft ins Ausland unterbleibt und stattdessen wird

durch ausländische Kaufkraft das ersetzt, was an Nachfrage der eigenen Lohnarbeiter-  
100 klasse ausfällt. Das ist der Begriff der Krisenkonkurrenz, dass der Schaden auf andere  
abgewälzt wird.

— *Das leuchtet mir als Effekt, aber nicht als Zweck der Subjekte – Staat, der subventi-  
oniert, und Unternehmen, die Fabriken eröffnen – ein. Gerade bei der Chip-Produktion  
besteht doch der Zweck des Staates darin, sich aufgrund der gestörten Lieferketten von  
China unabhängig zu machen und so Wachstum über die Chip-Produktion im eigenen  
105 Land voranzubringen.*

An der ganzen Abteilung der zukünftigen Geschäftemacherei mit der E-Mobilität wird  
doch beklagt, dass hier bislang nicht allein das deutsche, sondern zugleich das Geschäft  
in China befördert wird, weil man dort die günstigen Batterien einkauft. Also gibt es Be-  
mühungen der Politik, das zu ändern. Dass die Chip- oder Batteriefertigung im eigenen  
110 Land den Zweck haben, sich von China aufgrund gestörter Lieferketten infolge der Pan-  
demie usw. unabhängig zu machen, schließt den Zweck, die Kaufkraft im eigenen Land  
zu halten, nicht aus. Das wäre eine falsche Entgegensetzung. Genau so wird dafür ge-  
sorgt, dass das Geschäft am Standort Deutschland in deutschen Chip- und Batteriezell-  
Fabriken gemacht wird und die Kaufkraft nicht ins Ausland abfließt.

115 An dieser Stelle geht es um den Zweck, die Zahlungskraft im eigenen Land zu behalten.  
Der Staat stellt fest, dass es konkurrenzfähige Unternehmen im Ausland gibt, die mit  
günstigeren Preisen einen Teil des Geschäfts auf sich ziehen, und er sieht sich heraus-  
gefordert, dafür zu sorgen, dass Geschäft, das durch Firmen im Ausland gemacht wird,  
zukünftig durch Firmen im eigenen Land stattfindet.

120 — *Ist das so zu verstehen, dass alle Staaten auf diese Maßnahmen kommen?*

Die entsprechenden Mittel, ihre Standorte aufzurüsten und auf diese Weise bei sich da-  
heim die Krise zu bekämpfen, haben nur die Staaten mit den maßgeblichen Finanzmärkten  
und dem guten Geld. Bei den Staaten, die nicht über gutes Geld verfügen, schlägt  
die nun fehlende, weil abgezogene Zahlungskraft als Abzug vom Wachstum zu Buche.  
125 Als Folge dieser Konkurrenzverschiebungen bricht bei diesen Ländern das Geschäft  
zusammen und Kredit kann nicht mehr bezahlt werden. Das hat wiederum Rückwirkun-  
gen auf das Geschäft der kapitalistisch potenten Staaten, denn ist ein Konkurrent einmal  
kaputt konkurriert, ist ihm auch nichts mehr zu verkaufen. So dreht sich die Konkurrenz  
in der Krise darum, wo die Schäden anfallen, die aufgrund der ausfallenden Kaufkraft  
130 anfallen *müssen*.

Zur Ergänzung: In der Krise findet aus den genannten Gründen Kapital im eigenen Land  
nicht genug lohnende *Anlage*. Daher das staatliche Bemühen, Sphären zu fördern, die  
auf jeden Fall lohnende Kapitalanlagen sind und bleiben, in denen es national wie inter-  
national eine immense Nachfrage gibt. Derartige Investitionen sollen im Land stattfinden,  
135 da darf nicht billiger im Ausland eingekauft werden. Der Staat verbietet den Kapitalisten  
allerdings nicht einfach, auswärts einzukaufen. Er macht es sich zur Aufgabe, ihnen die  
Gelegenheit zu verschaffen, im Land zu verdienen z.B. durch Subventionierung der Ein-  
richtung entsprechender Unternehmen, um die günstiger anbietende Konkurrenz durch  
eigene Firmen ausstechen zu können oder auch durch gesetzliche Regelungen in Be-  
zug auf bestimmte Standards, die Waren zu erfüllen haben.  
140

\*

In Bezug auf die **Geldpolitik** zur Bekämpfung der Krise ist zu klären, warum der Staat  
die Bekämpfung der Inflation auf die Tagesordnung setzt, wie die Bekämpfung durch die  
Politik bzw. die zuständigen Notenbanker aussieht und was sie bewirkt. Eine gängige  
145 Theorie ist, dass bei Inflation zu viel Geld im Umlauf ist, das Geld also teurer gemacht  
werden muss. Was ist daran seltsam?

— Bisher war Inflation für die Geldpolitik kein Thema, im Gegenteil, es gab zu wenig davon. Mit dem vielen Geld, das der Staat und das Finanzkapital in Umlauf gebracht haben, wurde Wachstum finanziert. Sehen die Verantwortlichen jetzt den Grund für eine mögliche Rezession in der staatlich geschaffenen Liquidität, weil die Entwertung des Geldes die Wachstumsaussichten immer unwahrscheinlicher macht und nicht mehr investiert wird, wenn die Inflation höher ist als das zu erwartende Wachstum? Oder meinen sie, es gibt einerseits eine hohe Inflation und aus anderen Gründen eine Rezession? Wie geht diese Theorie?

155 Tatsächlich hat es eine Zeit lang keine Inflation gegeben, es wurde sogar eine Inflation von 2 % angemahnt. Inflation per se ist also nicht das Problem. Wenn aber eine Inflation so hoch ist, dass inflationsbereinigt die Wirtschaft nicht mehr wirklich wächst, sondern nur noch nominell, dann gibt das auf jeden Fall Anlass zur Sorge und zu Warnungen vor der Krise: Kümmert sich die Geld- und Wirtschaftspolitik nicht um die Inflation, bleibt das Wachstum aus, auf das es allen ankommt. Die Theorie zur Inflation ist, dass es zu viel Geld gäbe, das man daher verknappen müsse, indem man es verteuert. In dieser Vorstellung wird einer Menge Waren auf der einen Seite, die Summe aller Preise dieser Waren auf der anderen Seite gegenübergestellt mit der Feststellung, dass die Preise höher sind als im Jahr davor, was daran zu erkennen ist, dass sie letztes Jahr niedriger waren. Aus dieser tautologischen Gegenüberstellung wird der Schluss gezogen, dass es mehr Geld gegeben haben muss als die Waren *eigentlich* kosten, dass also zu viel Geld im Umlauf ist. Daraus wird die Forderung abgeleitet, das Geld zu verknappen.

— Gegen die Vorstellung des Geld-Überschusses wäre doch einzuwenden, dass offensichtlich Teile der Wirtschaft und die Konsumenten das Geld nicht mehr haben, um die Warenberge und Energiemengen usw. bezahlen zu können.

175 Einerseits stimmt der Befund „zu viel Geld“ nicht – das Geschäft leidet ja gerade darunter, dass der Absatz einbricht, dass die Waren am Markt nicht mehr realisiert werden können, weil es an zahlungsfähiger Nachfrage mangelt. Andererseits gibt es zu viel Geld, nämlich all das Geld, das wegen der anstehenden Rezession nicht mehr in lohnende Geschäfte investiert werden kann. Aber beide Argumente beziehen sich auf die Sache, mit der man es in der Krise tatsächlich zu tun hat, und nicht auf die Vorstellung der staatlichen Geld- und Wirtschaftspolitik, die Verteuerung der Waren läge an einem Missverhältnis von Waren einerseits und vorhandenen Zahlungsmitteln andererseits. Diese Behauptung speist sich allein daraus, dass man das vorjährige Verhältnis der gesamten Preise zu den Waren als *ausgeglichen*, als sich entsprechend ansieht. Die Diagnose eines Geldüberhanges ist keine theoretische Glanzleistung, sie verdankt sich mehr den zur Verfügung stehenden Steuerungsmitteln der Geldpolitik: Die Notenbank kann das umlaufende Geld durch Zinserhöhung verteuern in der Spekulation darauf, dass dann weniger Kredit genommen wird.

185 Das ist die Spekulation darauf, dass Kredit dann nur noch für wirklich aussichtsreiche Geschäfte genommen wird, er sich in seiner Anwendung also wieder lohnt. Das teurere Geld und der geringere Kredit bedeuten umgekehrt aber weniger Wachstum – das ist die kontraproduktive Seite dieser Geldpolitik.

— Zum Satz S. 31 unten: „Schließlich verteuert der Zins, den sie erhöhen, nicht bloß das zirkulierende Kreditzeichen, sondern den Kredit ...“. Das „zirkulierende Kreditzeichen“ ist doch das Geld, das sich die Banken durch ihre Refinanzierungsmöglichkeit über die Zentralbank beschaffen können und ihren Kunden als neuen Kredit zur Verfügung stellen. Die Geldbeschaffung wird für die Banken bei höherem Zins teurer und in der Konsequenz auch der Kredit, den sie vergeben.

195 Einerseits verteuert die Notenbank das Kreditzeichen – ausgehend von der Diagnose, dass zu viel Geld im Umlauf ist –, stellt den Banken Liquidität also zu einem höheren

Zinssatz zur Verfügung. Andererseits ist dies eine neue Bedingung für das Geschäft der Banken, weshalb die wiederum ihrer Kundschaft den Kreditzins erhöhen. Das verteuert den Kredit insgesamt, also das Mittel, mit dem das Wachstum bewerkstelligt werden soll. Insofern ist das keine Beförderung, sondern eine Erschwerung des Geschäftemachens, weil ein erhöhter Zins bezahlt sein will. Dem steht wiederum ein anderer *positiver* Effekt gegenüber, zumindest in den großen Wirtschaftsnationen.

— Eine entgegenwirkende Ursache ist, dass Anlage suchendes internationales Finanzkapital einen höheren Zins attraktiv findet und in solch rentablere Geldanlagen investiert. Das hat wiederum den negativen Effekt, dass dringend gebrauchtes Geld – Euro und Dollar – für die konkurrierenden Nationen immer teurer wird, dort den Wachstumseinbruch zur Folge hat und die Weltwirtschaft insgesamt schrumpft.

Das ist das Fazit von Punkt I: Jetzt haben sie die ganzen Maßnahmen der Krisenbekämpfung unternommen und das Resultat ist, dass so „erst einmal geschrumpft“ wird (S. 32 o.).

\*

— Das heißt doch, die Krise wird verschärft.

Der Ausgangspunkt war nicht eine Krise, die noch verschärft wird, sondern das Anzetteln eines Wirtschaftskrieges durch Nato und EU-Staaten unter Führung der USA, um den politischen Gegner Russland wirtschaftlich zu schädigen bzw. zu ruinieren. Dadurch wird aber nicht nur Russland geschädigt, die Bemühungen zu dessen Ausschluss aus dem Weltmarkt lassen *allerorten* das Geschäft zurückgehen und eine weltweite Rezession droht. Die Maßnahmen gegen diese negativen Auswirkungen des Wirtschaftskrieges wiederum sind notwendigerweise ein Beitrag dazu, dass die Krise sich verallgemeinert.

Die Schädigung der eigenen Ökonomien durch den Wirtschaftskrieg ist für die westlichen Staaten jedoch überhaupt kein Argument, von ihrer so praktizierten Feindschaft gegen Russland in irgendeiner Weise Abstand zu nehmen. Vielmehr wollen sie deswegen erst recht und in aller Konsequenz den Wirtschaftskrieg gegen Russland führen. Dafür drängen sie darauf, dass sich auch der Rest der Welt daran beteiligt. Darum geht es im Teil II des Artikels.

Dazu kommt, dass der Westen mit all den Maßnahmen, die Schäden an den eigenen Ökonomien und eine Rezessionsgefahr zur Folge haben, Russland bisher nicht kleinriegt.

— Zu den auf S. 32, Mitte, genannten „Sonderangeboten“ Russlands: Die Russen sind noch immer in der Lage, Kunden und Einfluss zu gewinnen. „Sonderangebote“ heißt, dass sie nicht zum hohen Weltmarktpreis verkaufen müssen, sondern ihnen freundlich gesonnene Nationen mit einem günstigeren Preis für die Energieträger an sich binden und so ihr Weltgeschäft machen können. Jetzt will der Westen als Teil der Sanktionspolitik mit dem Energiepreisdeckel international einen geringeren als den Weltmarktpreis durchsetzen. Das ist auch keine Maßnahme, um Russland weiter zu schädigen.

Der Zweck ist klar: Der Preisdeckel soll dafür sorgen, dass Russland mit den noch stattfindenden Energieexporten möglichst wenig verdient. Das wäre – man selber will ihnen sowieso nichts abkaufen – eine Vorschrift für die Staaten, denen Russland ohnehin Sonderangebote macht. Hier ist man beim Übergang zum **Punkt II, der Verallgemeinerung des Wirtschaftskriegs zur neuen Weltlage**: Wie bringt der Westen die Welt dazu, sich dem eigenen Wirtschaftskrieg gegen Russland anzuschließen, weil das nur so in die Knie zu zwingen ist? Der Punkt beginnt mit Europa. Welche spezielle Rolle nehmen **die Europäer** im Wirtschaftskrieg gegen Russland ein?

— Ihr Geschäftsverkehr mit Russland hat das größte Volumen, sie sind der größte Abnehmer russischer Energieträger und haben deshalb den größten Schaden durch den

Wirtschaftskrieg zu verdauen. Das rührt an der innereuropäischen gemeinsamen Bewirtschaftung des Euroraumes, der Einigkeit im Sanktionsregime und in der Verteilung des Schadens innerhalb Europas.

250 — Der innereuropäische Streit um die Ausgestaltung der Sanktionen und die Bewältigung der Schäden rührt an die Konstruktion der EU, wo die Mitgliedstaaten einerseits auf ihre Souveränität pochen, andererseits über die Zeit wechselseitige Abhängigkeiten eingerichtet haben. Wie ist das als Bestandteil des Punktes II einzuordnen, wo es doch darum geht, dass der Lizenzgeber Amerika und die Nato mit dem Wirtschaftskrieg die ganze Weltwirtschaftsordnung in Frage stellen?

255 Der Ausgangspunkt war das Bemühen des Westens, den Wirtschaftskrieg voranzutreiben, nicht zuletzt dadurch, dass man die ganze Welt auf die Feindschaft gegen Russland verpflichtet und dazu drängt, die Geschäftsbeziehungen mit Russland abzubrechen. Diese Verallgemeinerung des Wirtschaftskrieges und das Verpflichten auf ihn geht schon los innerhalb der EU. Dort gibt es keine Einigkeit darüber, dass man zur Bekämpfung  
260 Russlands auf jeden Fall auf dessen Öl und Gas verzichten und alle Geschäftsbeziehungen abbrechen muss. Die EU-Staaten treten *einerseits* als *Nato-Mitglieder* auf und teilen da die unbedingte Russenfeindschaft. Wenn *andererseits* von ihnen als *ökonomische Subjekte* Beiträge zum Wirtschaftskrieg und die Einhaltung des Sanktionsregimes gefragt sind, werden lauter Gegensätze *innerhalb* der EU eröffnet – wegen der in  
265 Teil I geschilderten Rückwirkungen auf die Ökonomien.

Vielleicht steht nicht gleich die ganze Weltwirtschaftsordnung in Frage, aber das Dringen darauf, dass der Wirtschaftskrieg sein muss und verallgemeinert werden muss jenseits der Konsequenzen für die einzelnen Länder, birgt jede Menge Sprengstoff bezüglich des Fortgangs der EU. Es rührt an deren Konstruktionsprinzip: Die europäischen Staaten  
270 konkurrieren ökonomisch nach wie vor nicht nur gegen den Rest der Welt, sondern untereinander und weisen in dieser Konkurrenz auch eine ziemliche Bandbreite von unterschiedlichem Status hinsichtlich Wirtschaftswachstum, Finanzmacht und Geld auf. Sie sind also von allem, was sie in puncto Wirtschaftssanktionen beschließen, auch sehr unterschiedlich betroffen und unterschiedlich fähig, mit dieser Betroffenheit zurechtzukommen.  
275

Die Durchsetzung des Wirtschaftskriegs innerhalb der EU ist daher notwendigerweise ein dauerndes Feilschen um Ausnahmen, Kompromisse und Sonderregelungen, um überhaupt so etwas wie eine Einigkeit zu erzielen, da die Staaten in unterschiedlicher Weise und teilweise ziemlich existenziell betroffen sind.

280 — Auf S. 33 steht, dass sich die Aufgabe stellt, die Wirkungen des Wirtschaftskriegs irgendwie kollektiv zu bewältigen. Hier wird daran erinnert, dass innerhalb der EU zeitlich befristeten Ausnahmen von den Sanktionen beschlossen wurden, um die gemeinsame Front aufrecht zu erhalten und das Auseinanderdriften der unterschiedlich Geschädigten zu verhindern. Es wird aber keine gemeinsame EU-Bewältigung beschlossen wie z.B.  
285 mit gemeinsamer Kreditaufnahme, national wird das ganz unterschiedlich bewältigt. Der Begriff „kollektive Bewältigung“ bleibt unklar.

Für die Bewältigung der Folgen ist ein Mindestmaß an innereuropäischer Solidarität nötig, damit die Front gegen Russland zusammenhält. Um diese Gemeinsamkeit sicherzustellen, braucht es bei der Verhängung der Sanktionen zum einen immer Einstimmigkeit  
290 der Beschlüsse, zum anderen muss es für das Zurechtkommen mit deren Folgen auch Angebote an die Staaten geben, es müssen Zugeständnisse und Ausnahmen gemacht werden, daher heißt es an der Stelle im Artikel, dass ihre Aufgabe darin besteht, die ganzen unterschiedlichen Betroffenheiten „in irgendeine Form kollektiver Bewältigung zu überführen“.

295 Dass die Folgen des Wirtschaftskriegs sich in den EU-Ländern unterschiedlich auswirken  
und dass es entscheidend darauf ankommt, über welche Kreditmacht die jeweiligen  
Staaten verfügen, wird bezogen auf die darüberstehende Frage, auf die es ihnen jetzt  
ankommt und die zugleich den Ausgangspunkt darstellt: Wie vor dem Hintergrund der  
300 europäischen Krisenkonkurrenz die gemeinsame Front gegen Russland außer Frage  
steht und bei den Sanktionen kollektive Lösungen gefunden werden, so dass das ein  
Beitrag zur Stärkung der Front gegen Russland wird.

Das ist eine speziell europäische Verlaufsform des allgemeinen Widerspruchs des Wirt-  
schaftskriegs zwischen Zweck und Mittel. Der Zweck ist es, Russland ökonomisch zu  
zerstören und das Mittel dazu ist, die ökonomischen Beziehungen zu kappen. Dabei  
305 folgt aus der Anwendung dieses Mittels immer, dass man sich auch selbst schädigt. Die-  
ses „Selbst“ sind im Falle Europas konkurrierende Nationen. Je nachdem, welche Sank-  
tionen man beschließt, sind die Staaten unterschiedlich betroffen und je nachdem, was  
Europa als Gemeinschaft zur Bewältigung der Schäden unternimmt, stimmen die Betei-  
ligten den Sanktionen zu oder nicht.

310 Den Widerspruch, den Europa als Teil des Westens der ganzen Welt abverlangen will,  
den muss es also erst einmal bei sich zuhause hinkriegen. Auf S. 34 heißt es: „Das ist  
die speziell *europäische* Fassung des Gegensatzes, mit dem der Westen durch seinen  
Wirtschaftskrieg die *ganze Welt* in nie dagewesener Weise behelligt.“ So hängt dieser  
„Europa-Teil“ mit der Universalisierung des Sanktionsregimes in Punkt II zusammen.

315 — *Inwiefern wirkt sich die ökonomische Stärke der großen europäischen Staaten in-  
nerhalb der europäischen Krisenkonkurrenz in dieser Krise noch verschärfend aus?*

Das Eine ist die unterschiedliche Stellung der Nationen in der Konkurrenz, was die Be-  
wältigung der ökonomischen Folgen des Wirtschaftskriegs betrifft. Da wird z.B. der  
320 „Doppelwumms“ von Deutschland, das gleichzeitig Forderungen nach gemeinschaftli-  
cher Kreditaufnahme oder Gaseinkauf ablehnt, kritisiert. Das ist die Art und Weise, wie  
die Krisenkonkurrenz vorangetrieben wird. Das Andere ist, dass es Staaten gibt, bei de-  
nen die Inkaufnahme der ökonomischen Konsequenzen des Wirtschaftskriegs bedeutet,  
325 dass ihre Energieversorgung zusammenbricht und sie damit ihrem Ruin entgegensehen,  
wie Ungarn. Die sonst auch stattfindende Krisenkonkurrenz wird auf die nächst höhere  
Ebene überführt: Sie betätigen sich nicht einfach nur als Konkurrenten im gemeinsamen  
Wirtschaftsraum, sondern wollen diese Konkurrenz so ausgestalten, dass sie ein Beitrag  
zur einheitlichen Front gegen Russland wird. Die Krisenkonkurrenz wird in ein Ringen  
330 um die Ausgestaltung des Sanktionsregimes überführt. Deswegen konzidiert man auch  
manchen Staaten, dass sie weiter Gas oder Öl aus Russland beziehen.

— *Auf S. 34 heißt es: „Dieser Gegensatz bekommt jetzt eine besondere Schärfe...“.  
Was für eine Rolle spielt in dem Zusammenhang „der erreichte Stand an Vergemein-  
schaftung, mit dem sich die Europäer voneinander existenziell abhängig gemacht ha-  
335 ben“?*

Der Text verweist darauf, dass beim Vorantreiben des Wirtschaftskriegs die europäi-  
schen Staaten untereinander konkurrieren, wer wem was an Inkaufnahme von Schädi-  
gungen zumuten kann. Das passiert in einer Art und Weise, die die immer schon vor-  
handenen Widersprüche innerhalb der EU – eine gemeinsame Wirtschaftspolitik für kon-  
kurrierende Nationen – in neuer Weise aufmischt. Hier geht es aber nicht um eine Kon-  
340 kurrenz um Anteile an einem gesamteuropäischen Wachstum, sondern darum, wer unter  
welchen Schäden des Wirtschaftskriegs wie zu leiden hat. Zudem hat die so befeuerte  
Konkurrenz zwischen den europäischen Staaten aber auch das Moment, dass der Ruin  
eines dieser Mitglieder überhaupt nicht in Frage kommt, weil ja jeder einzelne dieser

345 Staaten Bestandteil des integrierten Wirtschaftsraums ist. Wenn ein Land ohne die  
Energieförderung aus Russland ruiniert wird, bedeutet das auch eine Gefährdung der  
Europäischen Union insgesamt. Und für das jeweilige Land heißt, Bestandteil dieses  
integrierten Wirtschaftsraums zu sein, auch, dass es ohne diese Integration in den Bin-  
nenmarkt nicht überlebensfähig ist. Diese Seite muss es bei der Frage, welche Schäden  
350 es in Kauf nehmen will, immer einkalkulieren.

\*

Jour fixe vom 24.10.22, Fortsetzung vom 10.10.22